

ÖGB AUFRÜTTELN!

**WIR KÖNNEN & WOLLEN
NICHT MEHR „ABWARTEN“**

Das Regierungsprogramm spricht eine klare Sprache: 12-Stundentag, Angriffe auf BetriebsrätInnen und die AK, Abschaffung der Jugendvertrauensräte, dazu Verschärfungen und Kürzungen bei Pensionen, im Gesundheitswesen und im Sozialbereich, und einem Ausbau des Billiglohnsektors durch massive Angriffe auf ältere ArbeitnehmerInnen und Erwerbsarbeitslose.

Diese Regierung steht in der politischen Schuld der milliardenschweren Geldgeber von ÖVP und FPÖ! Wir können es uns nicht leisten, "abzuwarten" auf eine grundlegende politische Wende oder die Wirkung guter Argumente zu hoffen. Auch wenn erst nach und nach die Details der im Regierungsprogramm bereits paktierten Angriffe konkrete Konturen annehmen: Diese Regierung ist angetreten,

um die Rechte der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Erwerbsarbeitslosen und PensionistInnen weitgehend und nachhaltig zurück zu drängen. Daher ist es jetzt notwendig, die Gegenwehr zu organisieren. Der ÖGB-Kongress 2018 muss der Startschuss für die Neuausrichtung des ÖGBs sein. Um den Widerstand gegen diese nochmals verschärfte neoliberale Bundesregierung und die damit verbundene Offensive der ArbeitgeberInnen, vor allem auch im Rahmen der KV-Runden, zu initiieren und organisieren.

Anknüpfen können wir dabei alle an den Erfahrungen der großen Aktions- und Streikbewegung im Jahr 2003 gegen die schwarz-blauen Pensionskürzungen.

Drei wirkungsvolle Schritte sollten auch vom 19. ÖGB-Kongress im Juni 2018 beschlossen werden:

Gemeinsame Versammlungen und Organisation aller betroffenen ArbeitnehmerInnen. Wir brauchen eine möglichst breite Diskussion darüber, was unter der Regierung auf Beschäftigte zukommt und wie wir uns kollektiv dagegen wehren können. Dafür braucht es Betriebsversammlungen in möglichst vielen Betrieben, branchenübergreifende Informations- und Diskussionsveranstaltungen, sowie Versammlungen der Fachgewerkschaften und den Aufbau von betrieblichen Aktionskomitees. Der 19. ÖGB-Kongress muss dafür den Anstoß geben.

Österreichweite BetriebsrätInnen – und AktivistInnenkonferenzen um gemeinsame Aktionen zu beraten und zu beschließen.

Österreichweite Aktions- und Arbeitskampftage bis zum Ende 2018 als ersten Schritt, um die Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen abzuwehren und nachhaltig Druck auf die Regierung auszuüben. Teil davon müssen auch öffentliche Demonstrationen/Kundgebungen/Aktionen in allen Landeshauptstädten sein.

ErstunterzeichnerInnen:

Der Betriebsrat der Wiener Sucht und Drogenkoordination, Barbara Schwarz, Betriebsratsvorsitzende Wohnservice Wien, Irene Mötzl, Betriebsratsmitglied Wohnservice Wien, Anna Rauscher, Betriebsratsmitglied Wohnservice Wien, Jan Mayrhofer, Betriebsratsmitglied Wohnservice Wien, Marianna Mollay, Betriebsratsmitglied Wohnservice Wien, Selma Schacht, Betriebsratsvorsitzende Wiener Kinder- und Jugendbetreuung und AK-Rätin, Ursula Müller, Betriebsratsmitglied Wiener Kinder- und Jugendbetreuung, Laura Rafetseder, Ersatzbetriebsrat OTS, Alexander Roll, Ersatzbetriebsrat APA-Gruppe, Gerhard Ziegler, Betriebsratsvorsitzender Bilfinger Shared Services, Nadir Aykut, AK-Rat, Wien, Robert Brandmair, BR, OÖ, Otto Bruckner, ehem AK-Rat, NÖ, Harald Grün, BR, OÖ, Stefan Inführ, BA IG Education/GPA-djp, Georgios Kollias, BA IG Education/GPA-djp, Susanna Landauer, BA IG Social/GPA-djp, Elisabeth Sahan, BR, Wien, Raffael Schöberl, stv. ÖGJ-Vorsitzender, Fethi Tarakci, BR, Tirol, Can Tohumcu, AK-Rat, NÖ, Yavuz Tohumcu, BR, OÖ, Andrea Wögerer, BR, Wien, Belinda Zangerl, BA IG Social/GPA-djp, Betriebsrat der Wohnservice-Wien Ges.m.b.H, Doris Warlitsch, Betriebsratsmitglied der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Andreas Kranebitter, Betriebsratsmitglied der Bundesanstalt KZ-Gedenkstätte Mauthausen